

auch in Sachsen die revolutionäre Situation zu organisieren, wenn es die Partei versteht, auf der Grundlage der Beschlüsse unserer bolschewistischen Parteiführung ihre Führerrolle für das Proletariat und die gesamte werktätige Bevölkerung im Kampfe gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur und gegen die Hungerdiktatur der Unternehmer durchzusetzen.

Wenn so die vom Zentralkomitee unserer Partei gegebene Einschätzung der Lage durch die tatsächliche Entwicklung gerade für Sachsen auf allen Gebieten des Klassenkampfes vollumfänglich bestätigt wird, dann gilt für Sachsen härter als für jeden anderen Bezirk jene Feststellung, wie sie in der Resolution des Zentralkomitees in den folgenden Sätzen getroffen worden ist:

Mit der weiteren Verschärfung der ökonomischen und politischen Krise in Deutschland entziehen bereits Tendenzen einer revolutionären Krise im Lande. Wie weit diese Tendenzen wachsen und sich entfalten, hängt in erster Linie ab vom Gange des Klassenkampfes, vom Kampf um Entfaltung der Massenaktivität des revolutionären Proletariats unter Führung der kommunistischen Partei.

Sowohl das Zentralkomitee der Partei wie die sächsische Parteileitung mühten sich, daß der Bezirk Sachsen mit dem allgemeinen Tempo der revolutionären Entwicklung im Reich, mit den gemäßigten Erfolgen, die die KPD mit der Durchsetzung ihrer richtigen bolschewistischen Linie in der Organisierung und Auslösung der Streikbewegungen gegen den Vohrraub, dem Massenkampf gegen den Faschismus und im Kampf um Liquidierung des Masseninflusses der Sozialdemokratie unmittelbar in der letzten Zeit errungen hat, in keiner Weise Schritt gehalten hat.

Dieser entscheidende Temporetritt in Sachsen ist um so unerklärlicher, als die objektiven Voraussetzungen für die Entwicklung der revolutionären Tendenzen in einem so dicht besiedelten Industriegebiet, bei einer solchen Schwäche der Wirtschaftskrise die auch breite Teile des Mittelstandes in beispiellos schnellem Tempo verfallend läßt, in Sachsen keineswegs geringer sind als in anderen industriellen Bezirken des Reiches.

Zentralkomitee und Parteileitung stellen fest, daß das natürliche Verhängnis unserer Partei sich gerade dort zeigt, wo der Ausgangspunkt nicht nur für die Entfaltung des Massenkampfes gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur, insbesondere gegen die Vohrausbeziehung der Unternehmer, sondern auch für die Liquidierung der sozialdemokratischen Arbeiter von ihren Führern ist: bei der Organisierung, Auslösung und Führung der Kämpfe gegen Vohrraub und Entlassungen.

Es ist der Partei in Sachsen an keiner Stelle gelungen, insbesondere Streiks der Metallarbeiter gegen den mit offener Unterdrückung der sozialdemokratischen Führer des DMB durchgeführten Vohrraub auszulösen. Auch bei den Gewerkschaften und in der Vorbereitung des Kampfes der Textilarbeiter gegen den drohenden Vohrraub zeigen sich dieselben ernstlichen Versäumnisse und Schwächen.

Der schwerste Mangel der Parteiarbeit in Sachsen liegt weitestgehend in der unzureichenden Verwurzelung und der mangelhaften politischen Arbeit der Partei in den Betrieben. Nur dort, wo die Parteiführer der Partei, die Parteigruppen der KPD, die roten Parteibetriebe und die revolutionären Vertrauensleute wirklich die Vollstrecker des Willens, aber zugleich auch die politischen Führer der Belegschaft im Bewußtsein der Arbeiter sind, gelingt es die ungeheuer großen Aufgaben, die die heutige Situation an uns stellt, vor allem zuerst auf dem Gebiet der Auslösung und selbständigen Führung der Massenkämpfe gegen Vohrraub und Hungerdiktatur, zu erfüllen.

Nur hier ist auch der Ausgangspunkt zur Lösung der Aufgabe, die der Bezirk Sachsen bisher in viel geringem Maße als andere industrielle Bezirke der Partei zu lösen verstanden nämlich den Masseninfluß der sozialdemokratischen Führer, zu brechen. Schon das Ergebnis der Reichstagswahlen, bei denen sich die Sozialdemokratie in Sachsen im Gegensatz zur Entwicklung in Berlin, im Ruhrgebiet, am Niederrhein und anderen Stellen des Reiches hielt und sogar noch zunehmen konnte, signalisierte diese Schwäche. Die Tatsache, daß es die „linken“ sozialdemokratischen Führer in Sachsen in der letzten Zeit verstanden, an einzelnen Stellen des Bezirks einen Scheinabstand gegen den Faschismus vorzutauschen, obwohl, wie der Verlauf des Kampfes gegen den Faschismus in Dresden bewies, auf dem mehr als 70 sozialdemokratische Delegierte anwesend waren, auch hier die Erkenntnis der Rolle der Sozialdemokratie als Wegbereiter des Faschismus bei den sozialdemokratischen Arbeitern zu machen beginnt, muß unsere Parteiarbeit auf die Fehler und Schwächen hofen, die wir in der Entfaltung der beispiellos demokratischen Politik der „linken“ SPD-Führer oft auf Grund einer unzureichenden politischen Festigkeit in unteren Reihen immer wieder feststellen müssen.

Das größte Hemmnis für die Durchsetzung der richtigen bolschewistischen Generallinie unserer Partei in Sachsen ist der Opportunismus, der sich auch dort, wo er sich unter der Maske eines „linken“ Selbstertums verbirgt, auf allen praktischen Gebieten unserer Arbeit, vor allem aber wiederum bei der Arbeit in den Betrieben, immer härter bemerkbar macht. Dieser Opportunismus ist keineswegs nur mit Rücksichten aus der brandenburgischen Vergangenheit der Partei, die trotz der vollständigen Veränderung dieser Renegaten als Gruppe helfend noch vorhanden ist, zu erklären. Er befaßt sich vielmehr gerade jetzt die Achtung des n. Weltkongresses der Komintern, daß in der Zeit der sich zuspitzenden revolutionären Krise die Rechte der Partei die Hauptgefahr ist und bleibt. Die verhärteten Verfolgungen unserer Partei, der verhärtete Druck des Klassenkampfes auf unsere Genossen in den Betrieben wird immer Schwächen und Tendenzen des leigen Zurückweichens vor dem Angriff des Gegners bei solchen Elementen hervorruft, die den gewöhnlichen Anforderungen der Situation nicht entsprechen und versuchen, die Linie des geringsten Widerstandes zu beziehen. Solche Tendenzen zeigen sich im Auftreten roter Parteibetriebe in einzelnen Betrieben, in einem Widerstand der Durchführung der Politik der revolutionären Gewerkschaftsopposition in den Betrieben, zeigen sich aber auch in einem Wiederaufleben der brandenburgischen Tendenzen, die die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern in eine „Lod“ politik mit den sozialdemokratischen Führern, den gefährlichen Feinden des Proletariats, den offenen Wegbereitern des Faschismus, umzuwandeln versuchen.

Die Führung der Partei im Bezirk hat bei einer im allgemeinen richtigen politischen Einleitführung und dem Aufzeigen der opportunistischen Gefahren die Generallinie der Partei, gleich welchen Tendenzen gegenüber, nicht immer energiegelad genug durchgeführt.

Auch in der Einbeziehung der werktätigen Mittelklassen, die durch die Massenvernichtung kleiner Existenzen in Sachsen in besonders schnellem Tempo verfallend, hat die Partei die notwendige Aktivität vermissen lassen. Gerade hier ist bei einer richtigen Ausnutzung der gegebenen Bedingungen ein Zurückdrängen des faschistischen Einflusses durchaus möglich.

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß die sächsische Parteileitung die vorhandenen objektiven Möglichkeiten der Revolutionierung der Massen bisher nur ungenügend ausgenutzt hat. Das Zentralkomitee der Partei hat im Einverständnis mit der Parteileitung Sachsen eine Anzahl Maßnahmen zur Ver-

Genosse Stoeder brandmarkt die Nazi-Romödie im Reichstag

Nazi-Auszug aus dem Parlament, um sich vor Abstimmungen zu drücken / Curtius fordert weitere Aufklärung

Berlin, 10. Febr. (Eig. Bericht.) Auf der Dienstagssitzung des Reichstages fand der Eintrag des Auszugs des Reichstages in Verbindung mit der außerparlamentarischen Ausübung der Gewalt, der Eintritt in die Tagesordnung gegen die Nationalsozialisten, der deutsch-nationale Abgeordnete n. Freytag-Loringhoven sowie der Landvolksabgeordnete Dr. Wendhausen die Erklärung ab, daß sie sich an den Beratungen des Reichstages nicht mehr beteiligen. Sie würden nur von Fall zu Fall erscheinen. Darauf meldete sich zur Abgabe einer Erklärung

Genosse Stoeder:

„Trag der Vergewaltigung, die Sie gestern hier an der Opposition vollzogen haben, trotz der Drohungen und weiteren Auslösung der Rechte der Minderheit denken wir nicht daran, das Betrugsmanöver und die Komödie der Nationalsozialisten zu unterliegen. Der hier vollzogene

Ausmarsch der Nationalsozialisten in ein elendes Betrugsmanöver,

das vor allem dazu dienen soll, sich um die Stellungnahme und die entscheidenden Abstimmungen herum zu drücken und so vor den Massen weiter zu verheimlichen, daß sie tatsächlich eine absolut großspaltige Erklärungsposition im Interesse des deutschen Finanzkapitals durchzuführen. Wir

Kommunisten als einziger Nazi-Youngpartei

und antiparlamentarische Partei kämpfen, wie das unsere Brüder im Nationalsozialismus und im Faschismus schon getan haben, die zur gewalttätigen Entfaltung von den Tribünen, wo wir dieses Schlimme demonstrieren und die Arbeitermassen zum Kampf aufrufen können.

In den Nationalsozialisten jüchtet sich das Finanzkapital eine Hilfstruppe zum letzten Versuch zur Rettung seines Unterganges und Sturzes. Die Nationalsozialisten sehen bereit, um auf Befehl ihrer Geldgeber im Bunde mit den Youngpartien den Versuch zu machen, die revolutionäre Arbeiterklasse niederzuknüppeln und in der Vorbereitung des Kampfes der Arbeiter, wie sie gestern hier beschlossen wurden. Das deutsche Proletariat wird all diese Verläufe zu verhindern haben. Dem Faschismus der Brüning und Hitler gegenüber kämpfen wir Kommunisten die rote proletarische

Einheitsfront aller Werktätigen

und werden auch die Tribüne des Reichstages bis zum letzten Moment für die Mobilisierung der Massen auszunutzen zum Kampf für den Sturz dieses Young-Deutschlands, zum Kampf für ein

„Genossen!“ Diese Erklärung des Genossen Stoeder wird durch die Kommunisten mit höchstem Beifall aufgenommen.

Danach nimmt das Wort Außenminister Curtius (Kommunist. Jurule: Der deutsche Außenminister!). Die deutsche Delegation hat in Genf intensiv an den Verhandlungen teilgenommen. Wir haben die Aufgabe, die Weltfriede europäischer Zusammenarbeit nach allen Richtungen hin zu fördern. (Komm. Unterbrechungen und Jurule: „Lassen Sie sich doch offen aus!“ — Gen. Reubauer erhält einen Einmündungsurteil.) Der nächste Weg zur Lösung unserer wichtigen außerparlamentarischen Aufgaben ist der Weg der Zusammenarbeit mit Frankreich. Lieber die Herbeiführung einer europäischen Neuordnung haben wir uns in erster Linie mit Frankreich einzuverleiben. (Hört, hört! b. d. Komm.)

Wenn andere Völker ein Naturrecht geltend machen, ihre Landesgrenzen zu überschreiten, so darf nicht mit unvorteiliger Rücksicht werden, und Deutschland kann erst recht Anspruch auf Sicherheit erheben. (Hänkefalschen b. d. Regierungspartei; Hört-Hört! b. d. Komm.)

Abg. Stampfer (Soz.):

Was uns aus der Diktatur entgegenschlägt, das ist die uns wohlbelannte Folschensche. (Komm. Jurule: „Ihr habt die Wahl in den Senat gegeben.“) Im übrigen begrüßen wir die Ausführungen des Außenministers, besonders die Regelung des deutsch-französischen Verhältnisses.

Abg. Dr. Raas (Hr.):

Jetzt, wo die Nationalsozialisten ihre Vorschläge machen können, ergreifen sie die Flucht. Das ist erklärlich; denn sie hatten ja nicht einmal den Mut, dem Rat der Kommunisten auf Austritt aus dem Völkerverbund auszusprechen. Wir sind aus ethischen Gründen für die Durchführung. (Stürmische Jurule der Kommunisten: „Dann predigt ihr für den Sieg der Faschisten, darum bewilligt ihr alle Summen für die Ausführung.“ — Gen. Jakob erhält eine Ordnungsurteil.)

Abg. Dauch (Dt. Sp.):

Der Auszug der Reichsopposition aus der heutigen Sitzung war nur eine Folge der Ueberzeugung ihrer Agitationspolitik. Die Revision der Reparationsverpflichtungen ist notwendig, aber die Voraussetzung ist eine innere Sanierung. (Kommunist. Jurule: „Genaue so sprechen die Nationalsozialisten!“) Wir haben den Youngplan ausgenutzt erfüllt. (Kommunist. Jurule: „Ihr habt eure Diktature erklährt und alle Völkern auf die Weltföhigen abgedrückt.“) Wir können eine erfolgreiche Außenpolitik nur führen, wenn die innere Behebung aufhört.

An dieser Stelle werden die Beratungen abgebrochen und auf Mittwochmorgen 15 Uhr vertagt. (Die Ausführungen der kommunistischen Redner bringen wir noch — b. Red.)

Gegenaufmarsch im Lustgarten

Das rote Berlin greift an

Berlin, 11. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Als Antwort auf die letzte Herausforderung des roten Berlin durch die Hochhebe-Partei, die zu kommenden Sonntag zu Demonstrationen nach dem Lustgarten aufgerufen hat, hat der Vorbereitungsausschuss gegen Faschismus in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, alle Werktätigen des roten Berlin zum Massenauflauf gegen den mörderischen Faschismus, gegen die faschistischen Volksverdränger an. Konfrontation kommenden Sonntag 10.30 Uhr nach dem Lustgarten anzufragen. Das arbeitende Berlin überläßt die Straßen nicht den faschistischen Mordheern, Volksverdrängern und Streikbrechern der Youngkapitalisten.

Kampffront in Frids Reich

Stuttgart, 11. Febr. (Eig. Drahtmeldung.) Kommtenden Sonntag findet in Jena ein Kongreß gegen Hunger und Faschismus statt, zu dem bereits über 1000 Delegierte gemeldet worden sind. Ein Jahr nationalsozialistische Frid-Regierung hat den Arbeitern, Erwerbslosen, Kleingewerbetreibenden und Handwerkern gezeigt, daß sie in dieser Reimasse des dritten Reiches schlimmer ausgeplündert werden als in anderen Ländern.

Prozentpatrioten

Wie jetzt bekannt wird, lassen eine ganze Reihe von Hamburger Schiffbauunternehmern ihre Schiffe aus Gründen des Vohrbruchs unter ausländischer Flagge fahren. Nach der rheinischen Nachrichten soll die Absicht bestehen, angesichts der „unzureichenden Vohrermittlung“ eine größere Anzahl von Schiffen an ausländische Tochtergesellschaften zu veräußern. So verkaufen die „wertvollsten“ Unternehmer, wie Herr Hötter

Beiführung einer wirklichen Wendung in der Gesamtarbeit der Partei getroffen.

Worauf es jetzt ankommt, das ist, daß die gesamte sächsische Partei bis in die letzte Zeile hinunter auf der Grundlage der Beschlüsse des Zentralkomitees und der Parteiführung ihre Arbeit mit der gleichen bolschewistischen Selbstkritik, wie sie die Führung der Partei angelegt hat, überprüft und ihre Kräfte erschöpfend, um das erste Widerspruch der Entwicklung des sächsischen Bezirkes zur Entwicklung der Gesamtpartei hinwärtens auszusprechen. Folgende Aufgaben haben in den nächsten Wochen als zentrale Aufgaben vor der sächsischen Organisation:

1. Mit allen Mitteln Organisierung des Streiks der Textilarbeiter gegen den drohenden Vohrraub. Am 18. Februar tritt das Schicksal für die sächsischen Textilarbeiter ein. Der Schicksalskampf wird voraussichtlich noch vor Ablauf des Tarifes erfolgen. Nur die sofortige Aufnahme des Kampfes unter Führung der gemäßigten Kampfausschüsse, unter den Parolen der KPD kann den geplanten Vohrraub verhindern.
2. Die Vorbereitung des Internationalen Erwerbslosenkongresses am 25. Februar. Die Kampfausschüsse der Erwerbslosen an diesem Tage im Hungerland Sachsen müssen zu einer gewaltigen politischen Demonstration gegen das Hungerregime und die Durchführung der faschistischen Diktatur werden.
3. Vorbereitung und Durchführung der Parteibetriebswahlen. Mehr noch als im Vorjahr müssen die Betriebsbetriebswahlen zu einer politischen Massenmobilisierung in allen Betrieben, zu einer Generalabrechnung

„Vollgenossen“ nennt, ihren Prozentpatriotismus.

Giegreicher Streik unter revolutionärer Führung

London, 10. Febr. (Eig. Drahtmeldung.) Der Streik der 400 Bergarbeiter der Grube von Klack in Lancashire hat mit einem Sieg der Bergarbeiter geadelt. Der Streik war gegen die Ueberkundenarbeit und Abregelungen gerichtet und von dem revolutionären Verband der Bergarbeiter Schottlands geleitet worden.

Neueburg entläßt 1800 Arbeiter

Die Folgen der Bräutig-Verordnung Die Zigarettenfabrik Neueburg in Trier schließt bis zum 25. Februar ihren Betrieb ab. Durch diese Maßnahme werden ca. 1800 Arbeiter und Arbeiterinnen arbeitslos. Die Grund für die Stilllegung wird Arbeitsmangel bzw. Rückgang der Aufträge, in Ausnutzung der neuen Bräutig-Tabaksteuer angegeben. Der Betrieb arbeitet bereits seit geraumer Zeit mit 8 Tage in der Woche. „Haus Neueburg“ ist die „nationalistische“, die jetzt die Arbeiter auf die Straße wirft.

Berwirrungsmanöver

Angesichts des bevorstehenden Weltkongresses gegen Arbeitslosigkeit beteiligt sich die sächsische SPD-Fraktion, der Schminde der Arbeitbetriebe, daß die Erwerbslosigkeit der „Höhepunkt erreicht“ habe, zu verbreiten. So versucht die sozialdemokratische Führung durch Führung von Wahlen die Partei vom Aufruf am 25. Februar abzuhalten. Die revolutionären Arbeiter aber werden diesen Versuch durchkreuzen durch Mobilisierung aller Betriebe und Stempelstellen.

mit dem Betriebsfaschismus und dem sozialfaschistischen Arbeiterpartei zur Verstärkung der Positionen der Partei in den Betrieben gemacht werden.

4. Vorbereitung des Internationalen Erwerbslosenkongresses am 25. März.

Auf diese Hauptaufgaben muß die gesamte Partei von der bis unten einwirkend werden. Die Durchführung der Diktatur in den Organisationseinheiten für die Verbeirung der Gesamtarbeit der Partei auf der Grundlage der Beschlüsse des Zentralkomitees der KPD muß im enghen Zusammenhang mit der Durchführung der praktischen Maßnahmen zur Durchführung dieser gestellten Hauptaufgaben stehen. Je schneller die Partei zu stehen wird, um Positionen in den Betrieben zu verfestigen, je rascher sie im Kampf gegen den Opportunismus aller Spielarten die Garantien für die Durchführung unserer bolschewistischen Massenpolitik schaffen wird, desto klarer wird die Führerrolle der kommunistischen Partei in der bevorstehenden Volksrevolution auch in den Augen jener Schichten des Proletariats und der werktätigen Mittelklassen werden, die heute noch, sei es in der Geselligkeit der Nationalsozialisten, die revolutionäre Entwicklung hemmen.

Die objektiven Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Aufgaben sind, wir wiederholen es, auch in Sachsen und gerade in Sachsen gegeben. Es kommt noch den Worten unserer Führer, des Genossen Thälmann, darauf an, die revolutionäre Situation zu organisieren.

Nimmt entschlossen den Kurs auf die Mobilisierung der Massen für die Volksrevolution gegen den Faschismus!